

Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen in Ostdeutschland am Beispiel Sachsens

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

Der vorliegende Beitrag fasst zentrale Befunde der qualitativen Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ zusammen. In der Studie wird deutlich, dass die geringe Beteiligung von Frauen auf vielfältige, miteinander verflochtene Gründe zurückzuführen ist. Besonders im ländlichen Raum wird die Zunahme anti-demokratischer und rechtsextremer Positionen als große Barriere identifiziert. Zudem zeigt sie, dass Frauen in Kommunalvertretungen häufig Sexismus und Ausschlüsse erleben und sich insgesamt herausfordernden Rahmenbedingungen gegenübersehen. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen aus marginalisierten Gruppen, die in der Kommunalpolitik sehr selten vertreten sind. Neben diesen Hürden identifiziert die Untersuchung zentrale Treiber und Erfolgsfaktoren für gelingende politische Partizipation von Frauen und leitet konkrete Handlungsempfehlungen ab. Da umfassende Daten hierzu auf Länderebene bisher fehlen, schließt die Studie eine Forschungslücke. Der vorliegende Beitrag liefert am Beispiel Sachsens Perspektiven für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen und damit für eine Erhöhung ihres Anteils in der Kommunalpolitik Ostdeutschlands und darüber hinaus.

Empfohlene Zitierung:

Sive, Anna/ Mahler Walther, Kathrin (2026). Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen in Ostdeutschland am Beispiel Sachsens. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 74–87.

Schlagwörter:

Frauen, Vielfalt, Kommunalpolitik, politische Partizipation, Demokratie, Ostdeutschland



**„DIE QUALITATIVE STUDIE
,ENGAGEMENT VON FRAUEN
IN DER KOMMUNALPOLITIK
IN SACHSEN‘ ZEIGT, WIE
WICHTIG DIE BETEILIGUNG
VON FRAUEN IN DER
KOMMUNALPOLITIK IST,
WELCHE VIELFÄLTIGEN
HÜRDEN DABEI
AKTUELL BESTEHEN
UND WIE ZUNEHMENDE
ANTIDEMOKRATISCHE UND
RECHTSEXTREME HALTUNGEN
ZUSÄTZLICH ALS BARRIERE
FUNGIEREN.“**

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

Einführung und Forschungsdesign

Die Kommunalpolitik bildet die Basis der Demokratie, da ihre Entscheidungen den Alltag und das Lebensumfeld der Menschen unmittelbar prägen. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Erfahrungen und Perspektiven kann die Qualität politischer Entscheidungen erhöhen und ihre Akzeptanz stärken. Jedoch bestehen weiterhin erhebliche Zugangsbarrieren: Dies zeigt sich u. a. in der deutlichen Unterrepräsentation von Frauen, jungen Menschen, queeren Personen sowie Menschen mit Migrationsbiografien, mit Behinderungen, mit Sorgeverantwortung oder aus weniger ressourcenstarken sozialen Schichten.

Sachsen zählt bundesweit zu den Schlusslichtern hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen. Verschiedene übergreifende Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die Gründe für den niedrigen Frauenanteil in der Politik vielfältig sind¹. Jedoch gibt es kaum vertiefende Daten zu den Ursachen und deren Wechselwirkung, insbesondere in ostdeutschen

Sachsen zählt bundesweit zu den Schlusslichtern hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen.

Bundesländern. Vor diesem Hintergrund führte die EAF Berlin e. V.² im Auftrag des damaligen Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) eine qualitative Studie zum kommunalpolitischen Engagement von Frauen in Sachsen durch. Zwischen Oktober 2023 und März 2024 konnten 89 kommunalpolitisch, parteipolitisch und zivilgesellschaftlich aktive Frauen aus ganz Sachsen in leitfadengestützten Einzelinterviews und Fokusgruppen befragt werden. Bei der Auswahl der Teilnehmerinnen wurden unterschiedliche Ämter bzw. Mandate, Altersgruppen, Wohnorte aller 10 sächsischen Landkreise und drei kreisfreien Städte sowie vielfältige lebensweltliche und biografische Hintergründe berücksichtigt. Darüber hinaus wurden, wo möglich, Frauen aus marginalisierten Gruppen in die Stichprobe einbezogen (etwa Frauen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen, queere Frauen, alleinerziehende Frauen oder Frauen in prekären Lebenslagen). Letztere wurden aufgrund kleiner Fallzahlen nicht separat ausgewertet. In der Studie sind alle zum Zeitpunkt der Erhebung in Sachsen gewählten Parteien

1 So zeigt etwa eine Studie der FES (Obinger und Bonk 2022) am Beispiel Brandenburg nicht nur die statistisch geringe Beteiligung von Frauen auf, sondern beleuchtet außerdem die komplexen Barrieren, die Frauen (kommunal-)politisches Engagement erschweren. Und in einer Studie zum Thema Parteikulturen (Lukoschat und Köhler 2021) werden die Gründe für geringere Repräsentation von Frauen in der Politik in unterschiedlichen Feldern beleuchtet und vertieft die Rolle der Parteien für die Förderung von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten in den Blick genommen.

2 Die EAF Berlin e. V. berät Organisationen zu Vielfalt und Chancengleichheit und setzt Projekte zur Demokratieförderung um. Als unabhängiges und gemeinnütziges Institut arbeitet sie an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

außer der als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuften AfD vertreten. Die Auswertung erfolgte mithilfe einer deduktiv-induktiven qualitativen Inhaltsanalyse. Der Vergleich mit der aktuellen Studienlage zu Frauen in der Kommunalpolitik zeigt, dass die für Sachsen erhobenen Daten über das Bundesland hinaus eine hohe Gültigkeit aufweisen (vgl. Blätte 2022; Klewes et al. 2022; Obinger und Bonk 2022; Lukoschat 2021). Der vorliegende Beitrag stellt zentrale Befunde der Studie vor und zeigt Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen auf. Auf Basis der Ergebnisse werden Handlungsempfehlungen für Politik, Verbände und Zivilgesellschaft entwickelt.

Repräsentation und Zugangswege von Frauen in der (Kommunal-) Politik am Beispiel Sachsens

Sachsen zählt zu den Bundesländern mit besonders niedriger Frauenrepräsentation in der Politik: Im Landtag beträgt der Frauenanteil aktuell 27,5 % (Sächsischer Landtag 2026) und liegt damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 33,2 % (BMBFSFJ 2025). Auf kommunaler Ebene liegt er bei 22 % für Stadt- und Gemeinderäte und 19 % für Kreistage (Mahler Walther et al. 2024, 10). Auch unter den Bürgermeister*innen sind Frauen mit 12 % stark unterrepräsentiert (sachsen.de 2026). Diese Zahlen verdeutlichen den weiterhin hohen Bedarf an Maßnahmen zur Förderung politischer Partizipation von Frauen in Sachsen, Ostdeutschland und deutschlandweit.

Die Ergebnisse der im Folgenden beschriebenen Studie zeigen, dass politisches Engagement von unterschiedlichen Faktoren getragen und ausgelöst wird. Neben persönlichen Werten sind es vor allem Schlüsselmomente wie politische Krisen, lokale Missstände oder Heimatverbundenheit, die Menschen zu Engagement vor Ort bewegen – oft aus Sorge um die Zukunft ihrer Region und kommender Generationen. Auch das Erstarken extrem rechter Kräfte motivierte einen Teil der befragten Frauen, bewusst dagegenzuhalten und sich für die Kommunalwahl 2024 für ein Mandat aufstellen zu lassen.

Neben persönlichen Werten sind es vor allem Schlüsselmomente wie politische Krisen, lokale Missstände oder Heimatverbundenheit, die Menschen zu Engagement vor Ort bewegen.

Zivilgesellschaftliches Engagement gibt häufig den ersten Anstoß für kommunalpolitische Tätigkeiten, da Themen aus der eigenen Lebenswelt inhaltliche Anknüpfungspunkte, Kontakte und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit bieten. Fast durchgängig wird davon berichtet, dass die direkte Ansprache und Motivation durch Dritte ein wichtiger Anstoß für die Kandidatur waren. Parteien und

Wählergemeinschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Auswahl und Nominierung von Kandidatinnen, wobei ihre interne Kultur entscheidend für die Förderung von Frauen ist. Die in der Studie beschriebenen parteiinternen Abläufe bestätigen, was auch Lukoschat und Köcher (202, 55–69) in ihrer Studie „Parteikulturen“ bereits zeigen: Der geringe Frauenanteil und fehlende oder unverbindliche Quoten in mehreren Parteien führen zu ungleichen Chancen und begünstigen männlich geprägte Strukturen sowie Ausgrenzung.

Über den initialen Anstoß und die Zugangsmöglichkeiten hinaus braucht es weitere Faktoren, die Frauen langfristig im Engagement halten. Eine zentrale Voraussetzung sind persönliche Ressourcen: Kommunalpolitisches Engagement muss man sich leisten können, zeitlich, finanziell und hinsichtlich des eigenen Persönlichkeitsprofils. Ebenso wichtig ist ein unterstützendes Umfeld, etwa Partner*innen, Familie sowie fördernde Personen im privaten und politischen Kontext, ebenso wie andere Kommunalpolitikerinnen, Fürsprechernde in Parteien oder aufgeschlossene Arbeitgeber*innen.

Herausforderungen und Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik

Traditionelle Rollenbilder sowie Erziehung und Sozialisation von Mädchen und Frauen prägen nach wie vor, wie Frauen auf sich selbst blicken, was sie sich zutrauen und was sie anstreben. Dies führt zu Selbstzweifeln, Zurückhaltung und längerem Zögern, politische Funktionen anzustreben. Frauen werden zudem häufig bestimmte Rollen zugewiesen oder ihr Engagement hinterfragt. Gesellschaftlich verankerte Arbeitsteilung reduziert ihre materiellen und zeitlichen Ressourcen.

Besonders in Ostdeutschland, wo Frauen durchschnittlich häufiger in Vollzeit erwerbstätig sind (Pfahl et al. 2023, 3 f.), bleibt ihnen weniger Zeit für politisches oder zivilgesellschaftliches Ehrenamt. Die geringe Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik ist daher maßgeblich auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und die herausfordernde Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement zurückzuführen. Dies führt dazu, dass ihre Interessen oft nicht ausreichend berücksichtigt werden und sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern mit traditionellen Lebensmustern orientiert.

Die geringe Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik führt u. a. dazu, dass sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern mit traditionellen Lebensmustern orientiert.

Die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements stehen mit den Barrieren, die bezüglich der Vereinbarkeit mit Beruf, Familie und Privatleben bestehen, in unmittelbarer Wechselwirkung. Dazu gehören späte Sitzungen, aufwändige Vorbereitungen, zusätzliche Termine mit Bürger*innen sowie lange Fahrtzeiten in ländlichen Regionen. Hinzu kommen oft eine unzureichende finanzielle Kompensation und fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung, sodass Frauen mit Kindern eine politische Tätigkeit häufig erst in Erwägung ziehen, wenn diese älter sind. Auch Menschen in sozialen Berufen mit kurzfristigen Einsätzen oder Schichtdiensten haben unter den aktuellen Bedingungen kaum Chancen zur Partizipation.

Die Ratsarbeit erfordert zudem Zeit für die Vorbereitung komplexer Themen, um informierte Entscheidungen treffen zu können. Kommunale Mandate und viele Bürgermeisterämter werden ehrenamtlich ausgeübt, die Kommunen zahlen lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung. Der Zeitaufwand variiert je nach Gemeinde stark und kann bis zu 20 Stunden oder mehr pro Woche betragen. Dies schränkt die zeitlichen Möglichkeiten für die berufliche Tätigkeit ein, wird aber finanziell kaum kompensiert.

Besonders Frauen in schlecht bezahlten Berufen, Alleinerziehende oder von Diskriminierung betroffene Personen sind dadurch strukturell benachteiligt. Die befragten Frauen weisen an verschiedenen Stellen darauf hin, dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement primär auf eine bestimmte Personengruppe zugeschnitten sind: Männer, die über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen und keine bzw. wenig Sorgearbeit leisten müssen. Für viele potenzielle Kandidatinnen sind diese Bedingungen essenziell für die Entscheidung, ob sie sich politisch engagieren und eine Kandidatur anstreben.

Auswirkungen von Sexismus und Anfeindungen

Fast alle befragten Politikerinnen berichten von Erfahrungen mit Sexismus in der kommunalpolitischen Arbeit. Er begegnet ihnen im Kontakt mit Parteikolleg*innen, Ratsmitgliedern, Bürger*innen und den Medien. Sexismus wird mal offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, mal subtil oder unbewusst. Die Frauen erleben etwa, dass ihre Kompetenz angezweifelt wird und sie auf bestimmte typisch weiblich geltende Themen festgelegt werden. Sobald sie sich zu männlich konnotierten

Sexismus begegnet den befragten Politikerinnen im Kontakt mit Parteikolleg*innen, Ratsmitgliedern, Bürger*innen und den Medien. Mal wird er offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, mal subtil oder unbewusst.

Themen äußern oder entsprechende Ausschüsse besetzen wollen, wird es noch schwieriger für sie. Die Kommunalpolitikerinnen sehen sich immer wieder damit konfrontiert, dass Ratskollegen ihr persönliches Vereinbarkeitsmodell und damit auch die Qualität ihrer Mutterschaft aufgrund des zeitlich fordernden kommunalpolitischen Engagements anzweifeln. Zudem spielen die Themen Aussehen und Kleidung eine wichtige Rolle. Frauen werden auf ihre Kleiderwahl angesprochen und Äußerlichkeiten oder Figur werden kommentiert – teils als Komplimente verpackt. Darüber hinaus erleben die Frauen sexualisierte Beleidigungen und sexuelle Belästigung. Dies kann sich auch im virtuellen Raum ereignen, etwa in sozialen Netzwerken. Einige der Befragten erstatteten in diesem Kontext bereits Strafanzeige. Die Frauen bauen angesichts dieser Erfahrungen darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen und klare Grenzen gegen sexistische Angriffe zu setzen. Das benötigt jedoch zusätzliche Energie.

Darüber hinaus berichten die Interviewten, dass unter den männlichen Ratsmitgliedern Netzwerke bestehen, die teils bis in die regionale Wirtschaft hineinreichen und zu denen sie nur schwer Zugang haben. In diesen Netzwerken werden wichtige Informationen ausgetauscht und anstehende Beschlüsse diskutiert, ohne dass Frauen ihre Perspektiven einbringen und Absprachen beeinflussen können.

Einfluss der gesellschaftlichen Stimmung und des politischen Klimas

Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung wird von den Teilnehmerinnen in der Studie häufig als polarisiert beschrieben, teilweise sogar als bedrohlich. Der Grad an Besorgnis ist insgesamt hoch. Das politische und gesellschaftliche Klima treibt die Frauen um und verlangt ihnen viel Kraft ab.

Die Analyse der Interviews und Fokusgruppen bestätigt, was auch andere aktuelle Studien³ zeigen: Anfeindungen und Bedrohungen – bis hinein in das private Umfeld – stellen zunehmend ein zentrales Hemmnis für die Repräsentation von Frauen und weiteren marginalisierten Personen in der Kommunalpolitik dar. Die befragten Frauen erleben sexualisierte Beleidigungen oder Drohungen und sprechen teilweise von Angst um sich und ihre Familien.

Anfeindungen und Bedrohungen, bis hinein in das private Umfeld, stellen ein zentrales Hemmnis für die Repräsentation von Frauen und weiteren marginalisierten Personen in der Kommunalpolitik dar.

³ Aktuelle Studien, die sich mit Erscheinungsformen und Auswirkungen von Hass und Hetze in sozialen Medien sowie mit Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen gegen Politiker*innen, auch auf kommunaler Ebene, befassen sind u. a. Blätte et al. 2023 und Klewes et al. 2022.

Mit dem Erstarken antidemokratischer und extrem rechter Bewegungen wird der Ton in den Räten rauer und antifeministische Angriffe richten sich teilweise mit hoher Aggressivität gezielt gegen Frauen und weitere betroffene Gruppen. Diese reichen von unsachlichen Zwischenrufen bis hin zu sexistischen, rassistischen oder queerfeindlichen Pöbeleien und Beleidigungen. Politikerinnen berichten, dass ihnen das Wort genommen wird und sie ihre Themen nicht einbringen können. Die Betroffenen bemängeln, dass derartiges Verhalten im Rat zu wenig Einhalt geboten wird und dieses dadurch mehr und mehr Normalität erlangt. Die Kommunalpolitikerinnen schildern, dass ihnen ihr Engagement in diesem Klima sehr viel abverlangt. Die Angst, die aufgrund dieser aufgeladenen, teilweise feindlichen Stimmung entsteht, führt auch zu Schutzverhalten hinsichtlich der eingebrachten Themen oder der eigenen Person.

Mehrere Kommunalpolitikerinnen berichten von einem zunehmenden Klima der Angst, besonders in ländlichen Regionen, wo fehlende Anonymität die persönliche Sicherheit beeinträchtigt. Als bedrohlich werden vor allem Gruppen wie die Freien Sachsen, Reichsbürger und AfD-Mitglieder wahrgenommen. Viele Frauen befürchten, dass sie sich zurückziehen, weniger sichtbar werden und damit auch Errungenschaften der Emanzipation und Frauenbewegung gefährdet sind. Die Angst vor Bedrohungen gegen sich oder Familienmitglieder ist für einen Teil der Befragten ein entscheidender Grund, nicht für ein Mandat zu kandidieren.

Als bedrohlich werden vor allem Gruppen wie die Freien Sachsen, Reichsbürger und AfD-Mitglieder wahrgenommen. Viele Frauen befürchten, dass sie sich zurückziehen, weniger sichtbar werden und damit auch Errungenschaften der Emanzipation und Frauenbewegung gefährdet sind.

Strategien, mit Sexismus, Anfeindungen und Bedrohungen umzugehen

Erfahrungen, die Kommunalpolitikerinnen mit Sexismus und angesichts des sich wandelnden gesellschaftlichen und politischen Klimas machen, erfordern erhebliche Anstrengungen zur Bewältigung des emotionalen Drucks. Sie entwickeln dafür unterschiedliche Strategien. Dabei spielen das persönliche Umfeld, lokale (Frauen-)Netzwerke sowie Gleichstellungsstrukturen und Bildungsangebote eine zentrale Rolle. Neben der Stärkung durch unterstützende Netzwerke setzen sich die Frauen mit Strategien der Prävention und Gegenwehr auseinander, informieren sich über Möglichkeiten des persönlichen Schutzes und prüfen die strafrechtliche Relevanz von Vorfällen, um diese gegebenenfalls zur Anzeige zu bringen.

Das Erstarken antidemokratischer Kräfte motiviert zudem einige, sich stärker zu engagieren oder erneut zu kandidieren, um die Demokratie zu stärken. Viele beteiligen sich darüber hinaus an Initiativen und Bündnissen, die Offenheit, Toleranz und Begegnung fördern. Rückhalt, Wertschätzung und Solidarität bei Anfeindungen durch die Bürgerschaft wird durch die Kommunalpolitikerinnen als stärkend erlebt.

Handlungsempfehlungen für die Stärkung politischer Beteiligung von Frauen in Ostdeutschland

Aus der Studie lassen sich die folgenden Handlungsempfehlungen ableiten, die auch über Sachsen hinaus Gültigkeit bei der Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik aufweisen.

Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen

Ein breites Angebot politischer Bildung und Beteiligung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist die Basis für die Entwicklung von Demokratieverständnis, Vertrauen in die Institutionen und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Kinder- und Jugendbeiräte sollten deshalb ebenso wie Dialog- und Beteiligungsformate – etwa thematische Beiräte, Runde Tische, Bürgerräte oder Projekte zur Gestaltung konkreter Orte – stärker etabliert werden. Mit der Einrichtung der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung und dem Sächsischen Beteiligungspreis leistet der Freistaat Sachsen dafür Unterstützung.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Eine starke Zivilgesellschaft mit vielfältigen Initiativen und hoher Beteiligung von Frauen ist entscheidend dafür, dass der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik wachsen kann. Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote verstärkt werden, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten. Da diese – ebenso wie junge Menschen – häufiger in Initiativen als in etablierten Vereinen engagiert sind, sollten Fördermöglichkeiten entsprechend in der Breite leicht zugänglich sein. Dies kann bspw. durch niedrigschwellig und breit angelegte Förderprogramme wie den simul+Mitmachfonds gelingen.

Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote verstärkt werden, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten.

Gleichstellungsstrukturen stärken

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte spielen eine Schlüsselrolle, indem sie engagierte Frauen ermutigen und vernetzen, Initiativen stärken und Gleichstellungsthemen in die Gremien tragen. Sie können ihre Aufgaben jedoch häufig nur eingeschränkt erfüllen, da Ressourcen, Zeitbudget

und Wertschätzung fehlen. Notwendig sind ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie gesicherte Stellen. Die aktuelle Entbürokratisierungsdebatte darf nicht zum Abbau von Gleichstellungsstrukturen führen, diese müssen im Gegenteil weiter gestärkt werden und Pflichtaufgabe bleiben.

Frauen ermutigen und vernetzen

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen für Frauen in der Kommunalpolitik bleibt hoch, insbesondere für Vernetzung, Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen. Parteiübergreifende Veranstaltungen und Programme stärken Kompetenzen, Resilienz und soziale Ressourcen, damit Kommunalpolitikerinnen sich mit ihren Positionen wirksam einbringen können. Darüber hinaus sollte die öffentliche Anerkennungskultur gefördert werden, beispielsweise durch die Verleihung eines Preises für herausragende Kommunalpolitiker*innen. Die Einrichtung eines Stiftungsmodells auf Landesebene kann ebenfalls die parteiübergreifende Förderung von Chancengleichheit maßgeblich stärken.

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen für Frauen in der Kommunalpolitik bleibt hoch, insbesondere für Vernetzung, Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen.

Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten

In Sachsen ist der Bedeutungsverlust der demokratischen Parteien besonders spürbar. Etablierte Parteien können ihrer Aufgabe, gesellschaftliche Interessen zu bündeln und demokratische Werte zu vermitteln, immer weniger nachkommen. Um dem entgegenzuwirken, müssen sie aktiv neue Perspektiven einbinden, unterrepräsentierte Gruppen ansprechen und flexible Möglichkeiten der Mitarbeit anbieten, ohne eine Mitgliedschaft vorauszusetzen. Wichtig ist dabei eine Willkommenskultur, sind Mentoring-Programme, Schulungen zur Sensibilisierung, die Reflexion männerbündischer Strukturen und Regelwerke gegen Diskriminierung ebenso wie verbindliche Quotenregelungen.

Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern

Im kommunalpolitischen Alltag stehen den Frauen oft schwierige Rahmenbedingungen im Weg. Um diese zu verbessern, sollte an unterschiedlichen Punkten angesetzt werden. Sitzungen sollten hybrid gestaltet werden können. Für deren Durchführung benötigt es einen rechtlichen Rahmen ebenso wie für die Übertragung des Stimmrechts. Es bedarf außerdem einer wertschätzenden Kommunikation und klarer Ahndung von verbalen Grenzüberschreitungen in den Gremien. Die Vereinbarkeit der politischen Tätigkeit mit dem Beruf und Privatleben sollte gestärkt werden. Kommunalpolitisches Engagement muss aufgewertet werden, sei es durch die Verbesserung der

Aufwandsentschädigungen oder die Vergabe von Rentenpunkten. Für die Umsetzung bedarf es entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten

Kommunalpolitikerinnen und ihre Familien müssen besser vor Bedrohungen geschützt und angemessen unterstützt werden. Mögliche Maßnahmen sind verbindliche Regelungen in den Räten, Schulungen für Bürgermeisterinnen und vertrauenswürdige Ansprechpersonen bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Den Betroffenen sollten rund um die Uhr unabhängige und spezialisierte Melde- und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Medien ebenso gefragt wie die Bürger*innen: Eine Kampagne zur Sensibilisierung könnte Menschen erreichen und dafür gewinnen, Politiker*innen vor Ort zu stärken und zu schützen.

Perspektiven unterschiedlicher Frauen einbeziehen

Hemmnisse für Frauen in der Kommunalpolitik gehen über stereotype Rollenzuschreibungen hinaus und ergeben sich auch aus Faktoren wie soziale Schicht, Lebensumstände, Bildung, Queer-Sein, Behinderung oder Migrationsgeschichte. Frauen aus bestimmten Gruppen sind selten in der Politik vertreten, auch weil spezifische Barrieren wie Angst vor Gewalt und Diskriminierung, sprachliche und soziale Hürden oder fehlende Netzwerke kaum adressiert werden. Um echte Gleichberechtigung zu erreichen, müssen diese Barrieren gezielt abgebaut werden.

Fazit

Frauen stoßen in der Kommunalpolitik weiterhin auf hohe Hürden, darunter Zeitmangel, stereotype Rollenbilder, ein raues politisches Klima sowie persönliche Beleidigungen und Bedrohungen, die auch Familienangehörige betreffen. Gleichzeitig gibt es vor Ort in Sachsen viele engagierten Menschen, die sich für ihre Region und die Demokratie einsetzen. Um dieses Potenzial zu stärken, sind umfassende Strategien nötig, die Gleichstellung, Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement miteinander verzahnen, sichere und einladende Räume schaffen sowie intersektionale Perspektiven berücksichtigen. Staatliche Schutzmaßnahmen, gezielte

In Sachsen gibt es vor Ort viele engagierte Menschen, die sich für ihre Region und die Demokratie einsetzen. Um dieses Potenzial zu stärken, sind umfassende Strategien nötig, die Gleichstellung, Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement miteinander verzahnen, sichere und einladende Räume schaffen sowie intersektionale Perspektiven berücksichtigen.

Bildungs- und Beteiligungsangebote und die Unterstützung durch Kommunale Gleichstellungsbeauftragte haben bereits Wirkung gezeigt, wie steigende Frauenanteile bei den Kandidaturen zur letzten Kommunalwahl in Sachsen zeigen. Es gilt, diese Maßnahmen auszubauen und langfristig die demokratische Teilhabe und Repräsentanz von Frauen zu stärken.

In Sachsen und ganz Ostdeutschland bringen sich Menschen aktiv für die Gestaltung ihres Lebensumfelds, für demokratische Werte und eine offene Kultur ein. Die Kraft dieses Engagements sollte in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich präsenter werden. Aktuelle Debatten um das Erstarken extrem rechter Bewegungen und Parteien verdecken bisweilen die Bemühungen der Menschen vor Ort. Besonders wichtig ist

Besonders wichtig ist eine differenzierte Sichtweise auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und in Ostdeutschland.

daher eine differenzierte Sichtweise auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und in Ostdeutschland, um dieses weiter zu stärken.

Anna Sive ist Senior Expert in der EAF Berlin. Sie führt regelmäßig Studien und Befragungen zu Themen rund um Chancengleichheit, Vielfalt und Diskriminierung durch und war Projektleiterin für die Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ sowie Autorin der Studie „Sexismus am Arbeitsplatz“. Anna Sive berät unterschiedliche Organisationen zu Strategien für mehr Vielfalt und Teilhabe und engagiert sich zivilgesellschaftlich für die Rechte queerer Menschen. Als gebürtige Bautzenerin ist ihr die Sichtbarkeit ostdeutscher Perspektiven ein besonderes Anliegen.

Kathrin Mahler Walther ist geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin. Sie berät Organisationen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und hat für die EAF Berlin verschiedene Studien zu Führungskräften in Politik und Wirtschaft durchgeführt. Für die Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ hatte Kathrin Mahler Walther die strategische Leitung inne. Die gebürtige Leipzigerin engagierte sich in den 1980er-Jahren für die Friedliche Revolution und war später Vertreterin am Runden Tisch der Stadt. Danach war sie im ersten Sächsischen Landtag tätig. Für ihr Engagement erhielt sie das Bundesverdienstkreuz.

Literaturverzeichnis

- Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar, Merve (2022). Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- BMBFSFJ (2025). Digitaler Gleichstellungsatlas. Online verfügbar unter <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/online-rechner/gleichstellungsatlas> (abgerufen am: 30.01.2026).
- Klewes, Joachim/Rauh, Christina/Wazinski, Constantin/Bäcker, Nina-Kristin (2022). Studie: Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK). Online verfügbar unter https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf (abgerufen am: 30.01.2026).
- Lukoschat, Helga/Köcher, Renate (2021). Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. EAF Berlin. Diversity in Leadership. Online verfügbar unter https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- Mahler Walther, Kathrin/Sive, Anna/Hempe, Lisa/Dr. Lukoschat, Helga (2024). Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen. Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Online verfügbar unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/47766/documents/75229> (abgerufen am 30.01.2026).
- Obinger, Sophie/Bonk, Christiane (2022). Frauen MACHT Brandenburg! Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg. Online verfügbar unter <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/18891> (abgerufen am 30.01.2026).
- Pfahl, Svenja /Unrau, Eugen/Wittmann, Maïke/Lott, Yvonne (2023). WSI Report Nr. 88, September 2023. Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008698/p_wsi_report_88_2023.pdf (abgerufen am: 21.01.2026).
- Sachsen.de (2026). Wahlstatistik zum Stand 31. Dezember 2024. Online verfügbar unter: <https://wahlen.sachsen.de/wahlstatistik-zum-stand-31-dezember-2024.html> (abgerufen am: 21.01.2026).
- Sächsischer Landtag (2026). Wahlergebnisse und Sitzverteilung. Landtagswahlen in Sachsen. Online verfügbar unter <https://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/landtagswahl-2024/wahlergebnisse-und-sitzverteilung-29953.cshtml> (abgerufen am: 21.01.2026).